

„Hinsehen statt Wegschauen: So muss man Armut bekämpfen“

SoVD-Fachtag erörtert Teilhabechancen

In Niedersachsen haben sehr viele Menschen Probleme, ihr Leben finanziell sorgenfrei zu gestalten. Mit wenig Geld fehlt es oft auch an gesellschaftlichen Teilhabe-möglichkeiten. Diese existenziellen Sorgen betreffen oftmals Alleinerziehende und ihre Kinder, aber auch zahlreiche Menschen, die in Vollzeit arbeiten, aber prekär beschäftigt sind. Mit seinem diesjährigen Fachtag, zum Thema Armutsbekämpfung, rückte der niedersächsische SoVD daher besonders die Situation dieser Menschen in den Mittelpunkt – in Vorträgen von Expertinnen aus der Wissenschaft, in Gesprächen mit Verbände-Vertreter*innen und in einer Diskussionsrunde mit Landespolitiker*innen.

Nach der Begrüßung der rund 70 Teilnehmenden durch den SoVD-Vorstand Dirk Kortylak ging Referentin Prof. Dr. Nicole Mayer-Ahuja in einem Impulsvortrag auf prekäre Arbeitsverhältnisse ein. Kennzeichnend für diese seien – neben geringer Entlohnung – unsichere Verträge sowie ein Missverhältnis von gefordertem hohem Engagement einerseits und mangelnder Anerkennung andererseits. Besonders gering bewertet würden dabei Tätigkeiten, die Frauen einst privat erbracht haben, und Tätigkeiten, die oft in Teilzeit ausgeübt werden. Insbesondere systemrelevante Arbeit beinhalte in unserer Gesellschaft ein Armutsrisiko. Um mehr gesellschaftliche Wertschätzung für diese Beschäftigten zu erzielen, müssten sich diese organisieren können. Zudem brauche es öffentlichkeitswirksame Kampagnen und insgesamt eine Orientierung an gesellschaftlichem Bedarf statt an Profitinteressen.

Greta Schabram vom Paritätischen Wohlfahrtsverband stellte empirische Befunde zum Thema vor. So machte sie etwa deutlich, dass in Niedersachsen rund acht Prozent der Menschen von erheblicher materieller und sozialer Entbehrung betroffen sind.

Die anschließende Gesprächsrunde mit Verbände-Vertreterinnen konzentrierte sich auf die Situation von Kindern und Alleinerziehenden. Susanne Hahn vom Verband alleinerziehender Mütter und Väter (Vamv) wies darauf hin, dass es gesellschaftliche Akzeptanz dafür brauche, dass Eltern in Teilzeit arbeiten. Da diese Erwerbsarbeit zusätzlich zur Sorgearbeit geleistet werde, gebe es oft keinen Spielraum für noch mehr Arbeitsstunden. Dr. Tanja Rusack vom Deutschen Kinderschutzbund (DKSB) forderte, dass das kindliche Existenzminimum neu berechnet werden müsse, um Teilhabe zu ermöglichen. Auch wies sie auf die hohe Bedeutung von Jugend- und Schulsozialarbeit hin. Die SoVD-Vertreterin Katharina Lorenz, Abteilungsleiterin Sozialpolitik, erörterte, dass der Zugang zu Unterstützungsleistungen für Familien einfacher und unbürokratischer gestaltet werden müsse. Auch seien flexible Arbeitszeitmodelle und ein flächendeckendes Angebot an kostenfreier Kinderbetreuung essenziell, um insbesondere Alleinerziehende vor Armut und – damit einhergehend – einer nicht existenzsichernden Rente zu schützen.

Der niedersächsische Sozialminister Dr. Andreas Philippi berichtete in seinem Grußwort unter anderem vom Programm RIKA (Regionale Initiativen und Kooperationen für Frauen am Arbeitsmarkt). Hiermit fördert das Land Niedersachsen bis 2029 Projekte, die Frauen bessere Chancen am Arbeitsmarkt bieten.

In einer Diskussionsrunde, die SoVD-Landespressesprecherin Stefanie Jäkel moderierte, tauschten sich Simon Kopelke (DKSB), Katharina Lorenz (SoVD) und die Landespolitiker*innen Oliver Lottke und Swantje Schendel darüber aus, wie finanzielle und soziale Teilhabe für alle Bürger*innen gewährleistet werden kann. Deutlich wurde unter anderem, dass einer Kindergrundsicherung, die sowohl DKSB als auch SoVD fordern, eine essenzielle Bedeutung zukommt. Schendel räumte ein, dass die Politik sich auf Bundesebene vehementer für eine Einführung hätte einsetzen müssen. Sie betonte, wie wichtig es sei, dass Medien und Gesellschaft Debatten wie die um das Bürgergeld, die die Gesellschaft zusätzlich spalten, hinter sich lassen.

Von den Verbände-Vertreter*innen sowie Expert*innen aus dem Publikum wurde das aktuel-

le Projektfördersystem kritisiert. Wichtige Beratungsangebote verschiedener Vereine, die auch einen Beitrag zur Bekämpfung von Armut leisten, würden so jeweils nach drei Jahren auslaufen. Dabei sei hier gerade eine struk-

turelle Verankerung für Betroffene wichtig. Lottke und Schendel fanden die Kritik nachvollziehbar. Sie stellten zugleich dar, dass schnelle Lösungen aufgrund fehlender finanzieller Spielräume nicht realisierbar seien.



Fotos (2): Sara Masic

Dirk Kortylak und Katharina Lorenz vom SoVD begrüßten den niedersächsischen Sozialminister Dr. Andreas Philippi (Mitte).



Diskussionsrunde mit Swantje Schendel (MdL, Bündnis 90/Die Grünen), Oliver Lottke (MdL, SPD), Simon Kopelke (DKSB) sowie Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel vom SoVD (v.l.n.r.)

Jetzt auf allen gängigen Podcast-Plattformen Reinhören

Neue Podcast-Folge zu HIV und Aids

Menschen, die HIV oder Aids haben, müssen immer noch mit Ausgrenzung kämpfen. Dabei ist die Krankheit längst kein Todesurteil mehr. Auch im Zusammenhang mit Beruf und Job stehen HIV-positive Menschen vor Herausforderungen. Deshalb sprechen die Moderatorinnen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel in der aktuellen Podcast-Folge von „Kein Ponyhof“ darüber,

inwiefern die Anerkennung einer HIV-Infektion als Berufskrankheit möglich ist und was man unter einer Berufskrankheit überhaupt versteht. Mit Sebastian Bathge von der Aids-Hilfe in Hannover reden sie über Stigmatisierung, Prävention und das Leben mit HIV insgesamt. Aus eigener Erfahrung erzählt er, was man tun kann, um HIV-positive Menschen zu unterstützen.



Foto: Martin Bargiel / Layout: Steeeg GmbH

Die Folge ist online unter www.sovd-nds.de/podcast abrufbar.

SoVD-Tipp: Finanzielle Entlastung für Familien mit wenig Einkommen

Bildungs- und Teilhabepaket

Beziehen Familien Bürgergeld, Sozialhilfe, Grundsicherung, Wohngeld oder einen Kinderzuschlag, können sie unter bestimmten Voraussetzungen Anspruch auf Leistungen aus dem sogenannten Bildungs- und Teilhabepaket für ihre Kinder haben. Übernommen werden dann beispielsweise anfallende Schulkosten oder Kosten für Freizeitangebote.

Familien mit wenig Einkommen können unter Umständen durch das Bildungs- und Teilhabepaket finanziell entlastet werden – wenn sie Bürgergeld, Sozialhilfe, Grundsicherung, Wohngeld oder einen Kinderzuschlag bekommen. „Übernommen oder bezuschusst werden zum Beispiel die Kosten für Nachhilfestunden oder den Musikunterricht sowie der Mitgliedsbeitrag des Sportvereins. Außerdem können anspruchsberechtigte Familien bei Ausflügen, Klassenfahrten, der Schülerbeförderung oder der Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten und Schulen finanziell entlastet werden“, weiß Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen.

Für einen Anspruch müssen Kinder unter 25 Jahre alt sein

und eine Kindertagesstätte oder eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen. Außerdem dürfen sie keine Ausbildungsvergütung erhalten.

Ein Antrag kann formlos mit Hinweis auf den konkreten Bedarf oder mit dem entsprechenden Formular beim Job-

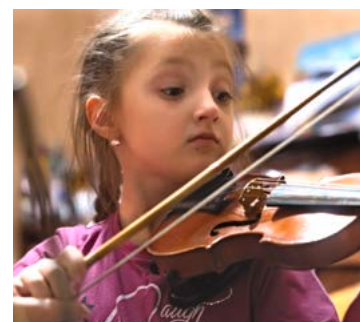


Foto: Aloschin Evgeniy / Adobe Stock

Kosten für den Musikunterricht können bezuschusst werden.

center beziehungsweise der für die oben genannten Leistungen zuständigen Stelle gestellt werden. „Für eine Kostenübernahme müssen Betroffene gegebenenfalls weitere Bescheinigungen etwa für eine Klassenfahrt vorlegen. Wichtig ist, dass Anträge rechtzeitig gestellt werden, denn grundsätzlich ist die nachträgliche Übernahme von Kosten nicht möglich. Eine Ausnahme bildet der Schulbedarf. Hier wird jeweils zum 1. Februar und zum 1. August eine Pauschale ausbezahlt“, informiert Lorenz.

Für Fragen zum Bildungs- und Teilhabepaket oder zu den genannten Sozialleistungen stehen die Berater*innen des SoVD gerne zur Verfügung und unterstützen bei der Antragstellung.